

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
— Verein für Socialpolitik —

Vorsitzender: Prof. Dr. Ernst Helmstädter, Universität Münster

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Herbert Hax, Universität Köln

Schatzmeister: Dr. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dipl.-Vw. Friedrich Aumann, Universität
Münster

Geschäftsstelle: Alter Fischmarkt 21, D-4400 Münster, T (02 51) 83 29 44

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß Entwicklungsländer

Der Ausschuß Entwicklungsländer führte vom 29. November bis 1. Dezember 1984 seine Jahrestagung am Wissenschaftszentrum Berlin durch. Die äußerst kritische ökonomische, soziale und ökologische Lage vieler Entwicklungsländer und die Frage, ob und in welcher Weise dies auf defizitäre oder fehlerhaft umgesetzte Theorie zurückzuführen sei, gab den Anlaß für das Thema der Tagung: „Entwicklungstheorie — Entwicklungspraxis. Eine kritische Bilanzierung“. Hierzu wurden im einzelnen folgende Referate gehalten:

Prof. Dr. *Paul P. Streeten*, Boston/Washington: Changing Emphases in Development Theory

Dr. *Michael Bohnet*, Bonn: Wechselnde Akzentuierungen der Entwicklungspraxis

Prof. Dr. *Johan Galtung*, Paris: Entwicklungstheorie der Zukunft

Prof. Dr. *Göran Ohlin*, Uppsala: Does Development Theory Have a Future?

Dr. *Hans-Jürgen Harborth*, Aachen: Ökologiedebatte und Entwicklungstheorie

Prof. Dr. *Walter Güldner*, Bad Homburg: Entwicklungstheorie und Projektplanung

Dr. *Karl W. Menck*, Hamburg: Die theoretischen Grundlagen internationaler Assoziationsvereinbarungen: Das Beispiel der Lomé-Abkommen

Dr. *Dieter Frisch*, Brüssel: Die Lomé-Abkommen in ihrer praktischen Handhabung: Erfahrungen und Perspektiven

Prof. Dr. *Manfred Nitsch*, Berlin: Zur Fruchtbarkeit der Dependencia-Theorie für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung

Prof. Dr. *Hermann Sautter*, Frankfurt: Eigenständige Entwicklung durch Weltmarktintegration, Unterentwicklung durch Dissoziation? Eine Nachlese zur Dependencia-Theorie.

Zum Abschluß der Tagung wurde — erstmals in der Geschichte des Ausschusses — an der Technischen Universität Berlin eine Podiumsdiskussion zum Thema veranstaltet, an der Min.-Dir. a. D. *Winfried Böll*, Bonn, *Arthur Eggers*, Berlin, Prof. Dr. *Hans-R. Hemmer*, Gießen, Dr. *Otto Matzke*, Rom, Prof. *Paul P. Streeten*, Boston/Washington und Prof. Dr. *Udo E. Simonis*, Berlin, teilnahmen.

Die Besonderheit dieser Jahrestagung des Ausschusses Entwicklungsländer lag in der systematischen Verknüpfung von Theorie und Praxis und in dem durch gezielte Einladung möglichen Gespräch zwischen Theoretikern und Praktikern.

Zum Rahmenprogramm der Tagung gehörte ein Empfang durch den Berliner Senator für Wirtschaft und Verkehr. Presse und Rundfunk zeigten reges Interesse am Thema der Tagung. Die Mitgliederversammlung des Ausschusses wählte turnusgemäß einen neuen Vorsitzenden: Prof. Dr. *Heiko Körner*, Darmstadt, und kooptierte drei neue Ausschußmitglieder: Prof. Dr. *Werner Lachmann*, Mainz, Prof. Dr. *Göran Ohlin*, Uppsala, und Prof. Dr. *Paul P. Streeten*, Boston/Washington.

Die Tagungsergebnisse sollen in den Schriften des Vereins für Socialpolitik veröffentlicht werden.

Die Jahrestagung 1985 wird in Frankfurt stattfinden und dem Thema „Ländliche Entwicklung, Urbanisierung und Migration“ gewidmet sein.

Prof. Dr. Udo E. Simonis, Berlin

Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen

Auf seiner Sitzung am 20. und 21. September 1984 in Hamburg befaßte sich der Ausschuß mit dem Thema „China im Konflikt alternativer wirtschaftlicher Ordnungskonzeptionen“. Dabei wurden von den Referenten die jüngsten Reformen der volkswirtschaftlichen Gesamtordnung, des Planungs- und Lenkungssystems der Industrie und der Landwirtschaft sowie die Beschäftigungsprobleme in der VR China behandelt.

1. Prof. Dr. *Norbert Kloten*, Tübingen, untersuchte in seinem Beitrag „Das Koordinationssystem: Konzept und Praxis“ das Zusammenwirken von plan- und marktwirtschaftlichen Elementen im chinesischen Wirtschaftssystem. Ende der 70er Jahre setzten sich gegen die bis dahin herrschenden orthodoxen Dogmatiker (Mao Tse-tung und nach seinem Tode 1976 die „Viererbände“) die Pragmatiker um Chou En-lai und Deng Hsiao-ping durch und versuchten, die chinesische Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend zu erneuern. Ihr allzu ehrgeiziges Programm der „Vier Modernisierungen“ von 1978 scheiterte jedoch und führte zu einem reduzierten Reformkurs, der durch die Schlagworte „Regulierung, Umgestaltung, Ausrichtung und Niveauanhebung“ charakterisiert wird.

Die Beurteilung des reformierten chinesischen Wirtschaftssystems hat nach Kloten jedoch nach wie vor von dem unbedingten Primat der KPCh und damit von der zentralstaatlichen Planung und Lenkung, vom Kollektiv-eigentum an den Produktionsmitteln sowie — trotz der „Öffnungspolitik nach außen“, die vorwiegend dem erleichterten Technologieimport dienen soll — vom Primat der Binnenwirtschaft auszugehen. Dabei ist zu beobachten, daß das Prinzip der egalitären Einkommensverteilung deutlich relativiert wird. Im ganzen ergibt sich so nach Kloten aus der Sicht Chinas das Bild einer zentral gelenkten und kontrollierten, jedoch flexibel gehaltenen Volkswirtschaft. Daraus resultieren aber nach Auffassung des Autors beachtliche systemimmanente Konfliktpotentiale, so etwa der Widerstreit von Ideologie und dem Wunsch nach effizienten Funktionsabläufen, die Widersprüche, die sich aus dem jeweiligen Mischungsverhältnis von Markt- und Planungselementen sowie aus den Ansprüchen politischer Kader und der Behörden ergeben und die Konflikte, die aus planwidrigen Ergebnissen der Marktprozesse in einem System von unrealistischen Preisrelationen und einer ungleichmäßigen Verteilung von Einkommen und Vermögen resultieren. Der Beitrag schließt ab mit einer Analyse des Verhältnisses von Markt und Plan in der Praxis, dargestellt an der Landwirtschaft, der Industrie, dem Außenhandel, dem Bankwesen und der Wirtschaftsverwaltung.

2. Prof. Dr. *Armin Bohnet* und Dr. *Günter Jaehne*, Gießen, referierten über die nach 1977 eingeleiteten „Reformen des Planungs- und Leitungssystems in der Industrie der VR China“. Den Schwerpunkt legten die Referenten auf die Reform der Wirtschaftsordnung und deren Verwirklichung im Industriesektor. Ausgehend von den Mängeln der überkommenen Wirtschaftsordnung, insbesondere der zu starken Bürokratisierung und dem Fehlen wirksamer Leistungsanreize, wurden als wesentliche Grundprinzipien der Industriereform erläutert: Die Verwirklichung eines spezifisch-chinesischen Sozialismus, die tendenzielle Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen, die ergänzende parametrische Steuerung (staatliche Marktregulierung) sowie die „Methode der kleinen Schritte“. Danach untersuchten die Referenten die Auswirkungen konkreter Maßnahmen der Industriereform auf die Organisation der staatlichen Wirtschaftsleitung, auf das Steuersystem, auf die Verfügungsrechte an den Produktionsmitteln und auf die Gestaltung der Lohn- und Personalpolitik.

Wenn auch die Industriereform (wie die Wirtschaftsreform insgesamt) vor allem wegen der offenbar erreichten besseren Versorgung der Bevölkerung generell positiv zu beurteilen sei, so bestehen nach Meinung der Referenten erhebliche Schwierigkeiten und politische Risiken, so etwa wegen der unklaren Kompetenzabgrenzungen zwischen den Betrieben und den ihnen übergeordneten staatlichen Behörden, dem „irrationalen Preissystem“, welches jede „Gewinnrechnung“ unmöglich mache sowie wegen der Dominanz der Großbetriebe in der staatlichen Entwicklungsplanung.

3. Prof. Dr. *Eberhard Schinke*, Gießen, sprach zu dem Thema „Der Agrarsektor in der VR China — Wandlungen und Möglichkeiten“. Erst nach 1979 sei eine Verbesserung der bis dahin meist unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen erreicht worden. Zurückzuführen sei dies vor allem auf die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des 11. Parteitags der KPCh im Jahre 1978. Sie räumten der Landwirtschaft eine gegenüber der Industrie erhöhte Priorität in der volkswirtschaftlichen Entwicklung ein (vermehrte Erzeugung landwirtschaftlicher Produktionsmittel

und höhere Infrastrukturinvestitionen) und bereiteten den Weg für eine Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Produktionsplanung. Dem zuletzt genannten Aspekt mißt der Referent eine zentrale Bedeutung bei. Durch die Schaffung kleiner „Verantwortungsgruppen“ mit weitgehender Entscheidungsfreiheit über Produktionsstruktur, Faktoreinsatz und Produktverwendung seien — bei formal weiterhin staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln — de facto private Verfügungsrechte geschaffen worden, wodurch erhebliche Produktivitätsreserven freigesetzt und beständige Produktionszuwächse in den Jahren nach 1978 erzielt werden konnten. Insgesamt bietet die Entwicklung seit 1978 nach Auffassung des Referenten durchaus positive Ansatzpunkte für eine dauerhafte Lösung des Ernährungsproblems in der VR China.

4. Prof. Dr. *Jiri Kosta*, Frankfurt/Main, berichtete über „Beschäftigungsprobleme in der VR China“. Kennzeichnend für die Beschäftigungslage in der VR sei ein vor allem durch demographische Entwicklungen (die Zahl der Chinesen stieg von 540 Mio. im Jahre 1949 auf ca. 1 Mrd. im Jahre 1980 an) bedingtes „Überangebot“ an Arbeitskräften, welches nicht durch ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum habe ausgeglichen werden können. Hinzu kämen institutionelle Ursachen, wie durchschnittlich sehr lange Arbeitszeiten und vergleichsweise kurze Schulabschließungszeiten. Auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität sowie sektorale und regionale Strukturänderungen hätten sich ungünstig auf die Beschäftigungssituation ausgewirkt. Das demographische Problem sei entstanden durch die allgemeine Verbesserung des Lebensstandards und der medizinischen Versorgung in Verbindung mit einer inkonsequenten Bevölkerungspolitik. So habe man erst 1954 mit einer restriktiven Bevölkerungspolitik begonnen, diese aber während der „Kulturrevolution“ unterbrochen, so daß erst in den 70er Jahren die chinesische Geburtenrate nachhaltig reduziert werden konnte. Ein Dilemma für die chinesische Beschäftigungspolitik sieht Kosta darin, daß kurzfristig nur mit Hilfe arbeitsintensiver Technologien mehr Beschäftigung zu schaffen sei, was sich aber auf längere Sicht infolge zu geringen Produktivitätsfortschritts volkswirtschaftlich nachteilig auswirken müsse.

Die Referate werden in einem Band der Schriftenreihe der Gesellschaft im Laufe des Jahres 1985 publiziert.

Prof. Dr. Alfred Schüller, Marburg

Ausschuß für Finanzwissenschaft

Die jährliche Ausschußsitzung fand wie in den Vorjahren auch im Jahre 1984 in der Woche nach Pfingsten, vom 13. - 15. Juni 1984, statt. Tagungsort war diesmal Zürich; die vorzüglichen örtlichen Vorbereitungen dafür verdankt der Ausschuß seinen Mitgliedern Prof. Dr. H. Schneider und Prof. Dr. P. Bohley (Universität Zürich).

Der wissenschaftliche Teil der Tagung war dem Thema „Budgetpolitik im Wandel“ gewidmet. Hierzu wurden folgende Referate gehalten:

1. Prof. Dr. *K.-H. Hansmeyer* (Universität Köln): Ursachen des Wandels der Budgetpolitik;
2. Prof. Dr. *H. Geyer* (Universität New York): Ziele und Instrumente der Budgetpolitik im Wandel;

3. Prof. Dr. G. Krause-Junk (Universität Hamburg): Konsequenzen der Wandlungen in der Budgetpolitik.

Alle Referate wurden eingehend diskutiert. Sie sollen 1985 unter dem Titel „Budgetpolitik im Wandel“ in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik erscheinen.

Die Tagung des Jahres 1985 wird vom 29. - 31. Mai in Augsburg stattfinden und wiederum drei Referate vorsehen, die sich mit dem Generalthema „Besteuerung im Wandel“ befassen. Referieren werden Frau Prof. Dr. H. Pollak und die Herren Prof. Dr. H. Timm und Prof. Dr. C. Folkers.

Für die Tagung im Jahre 1986 wurde das Thema „Budgetspielräume im Föderalismus“ und für 1987 das Thema „Finanzwirtschaftliche Instrumente der Umweltpolitik“ vorgesehen. Der Ausschuß hat Prof. Dr. D. Cansier als neues Mitglied aufgenommen.

Prof. Dr. K. Häuser, Frankfurt a. M.

Ausschuß für Sozialpolitik

Herr Prof. Dr. Schäfer hatte in vorbildlicher Weise die Tagung des Ausschusses am 27./28. 9. 1984 in Bamberg vorbereitet und ein Rahmenprogramm ausgearbeitet, das sehr beifällig aufgenommen wurde. Der Ausschuß hat ihm dafür besonders gedankt. In Stichworten ist hier nur zu nennen: der Besuch des Urbani-Stübli am Vorabend der Tagung, der Empfang durch die Stadt Bamberg, der Empfang durch den Präsidenten der Universität Bamberg, die sachkundige Führung durch das geistliche und weltliche Bamberg und der von der Musik der Capella Antiqua Bambergensis (unter Leitung des Kollegen Spindler) umrahmte Abend auf der Burg Lisberg.

Tagungsort war die Universität Bamberg.

An der Tagung haben insgesamt 17 Mitglieder und 2 Gäste teilgenommen. Nach der Begrüßung durch den Herrn Prodekan *Diruf* von der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bamberg begann die wissenschaftliche Tagung. In zeitlicher Reihenfolge haben referiert:

Prof. Dr. G. Kleinhenz, Passau:

„Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik“

Prof. Dr. A. Pfaff, Augsburg:

„Die Verflechtung der sozialen Wagnisse Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und Arbeitsunfähigkeit seit der weltweiten Rezession im internationalen Vergleich“

Prof. Dr. C. Helberger, Berlin:

„Die Krisenanfälligkeit der Sozialversicherung und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung“

Prof. Dr. R. Hauser, Frankfurt:

„Probleme einkommensabhängiger Transfers bei stagnierendem Wirtschaftswachstum“

Prof. Dr. W. Schmähl, Berlin:

„Soziale Sicherung und Schattenwirtschaft“

Die Referate wurden von den Autoren in verkürzter Form vorgetragen und von den Ausschußmitgliedern ausführlich besprochen. Der Umfang des wissenschaftlichen Programms machte es nötig, am Donnerstag bis in die frühen Abendstunden hinein zu diskutieren. Alle Referate sollen nach der Umarbeitung zusammengefaßt unter dem Titel „Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise I“ in den Schriften des Vereins veröffentlicht werden.

Zu den Regularien:

1. Der Vorsitzende berichtet über die Arbeit der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Der Band „Selbstverwaltung als ordnungspolitisches Problem des Sozialstaates II“ erscheint in den nächsten Tagen.

2. Die als Gäste geladenen Kollegen *Anita Pfaff* und *Richard Hauser* wurden nach Referat und Diskussion unter Beachtung der Kooptationsordnung des Ausschusses jeweils ohne Gegenstimme von den Mitgliedern des Ausschusses kooptiert.
3. Nach intensiver Diskussion wurde — wie bereits 1983 in Augsburg beschlossen — unter Beibehaltung des Rahmenthemas „Sozialpolitik in der Beschäftigungskrise“ das weitere Programm festgelegt. Feste Zusagen für die Lieferung von Referaten zur Tagung 1985 gaben die Herren Kollegen *Klose* und *Buttler*; Zusagen unter Vorbehalt kamen von den Herren Kollegen *Schlotter* und *Mieth*.
4. Auf Antrag von Herrn *Knappe* diskutierte der Ausschuß den Vorschlag, Gäste ‚sine spe‘ (d. h. ohne Kooptationsabsicht) einzuladen. Der Ausschuß bejahte die Möglichkeit einer solchen Einladung, will aber dabei von strikt zu beachtenden Voraussetzungen ausgehen.

Grundlage einer solchen Einladung ist das Interesse des Ausschusses, nicht das Interesse eines Gastes. Im einzelnen sollen folgende Kriterien gelten:

- a) Das Referatsthema muß in einem Bezug zum Tagungsthema stehen.
 - b) Vom allgemeinen Grundsatz abzuleiten ist, daß ein solcher Gastvortrag eher von einem bereits wissenschaftlich bekannten Kollegen gehalten wird; so ist nicht daran gedacht, eine Diskussionsplattform für erste wissenschaftliche Arbeiten jüngerer Kollegen zu schaffen.
 - c) Das Referat wird wie üblich im Tagungsband veröffentlicht.
5. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet im Anschluß an die Jahrestagung des Vereins (16. – 18. 9. 1985 in Saarbrücken) am 19./20. 9. 1985 in Trier statt.

Prof. Dr. H. Winterstein, Erlangen

Sozialwissenschaftlicher Ausschuß

Der Ausschuß veranstaltete seine Tagung für das Jahr 1984 am 13./14. April in Oberursel/Taunus. Gegenstand der Sitzungen war das Thema: „Sozialwissenschaftliche Probleme der Familie“. Hierbei ging es nicht allein darum, die kritischen Punkte der entsprechenden Konzeptionen herauszuarbeiten, sondern auch darum, die Ansätze aus interdisziplinärer Sicht zu diskutieren. Wie etwa unterscheidet sich die ökonomische Theorie der Familie von sozio-

logischen, sozial-psychologischen Ansätzen zum gleichen Problemkreis? Es wurden drei Referate gehalten und ausgiebig diskutiert.

Der erste Vortrag von Prof. Dr. W. Meyer („Was leistet die ökonomische Theorie der Familie?“) war breit angelegt und versuchte im Überblick grundsätzliche Vorzüge und mögliche Schwächen — vor allem im Vergleich zur soziologischen Theorie der Familie — anzusprechen. „Ökonomische Theorie“ bedeutet im gegebenen Zusammenhang „Mikrotheorie“; d. h. das menschliche Handeln wird als rational angenommen. Es ist nicht von vornherein selbstverständlich, daß eine solche Hypothese beobachtbare Verhaltensweisen einleuchtend begründen kann. In der Diskussion zeigte sich jedoch Übereinstimmung darin, daß die ökonomische Theorie hier gar nicht so schlecht abschneidet und viele Phänomene (Scheidungsverhalten, Qualität der Kindererziehung bei arbeitenden Müttern) erklären könne. Ihre Stärke liege darin, daß sie nicht einfache Korrelationen, sondern auch komplexere Zusammenhänge analysieren könne.

Der zweite Vortrag („Zwischenmenschliche Anziehung und Partnerwahl: Eine sozialpsychologische Analyse“) von Prof. Dr. W. Stroebe war einem spezielleren Thema gewidmet, nämlich den Bemühungen von Soziologie und Psychologie, die Partnerwahl als vernünftigen Prozeß zu erklären. In der Diskussion trat der Vergleich mit der ökonomischen Theorie der Familie in Gestalt von G. Beckers „Theory of Marriage“ in den Vordergrund. Anders als bei Becker wird z. B. in den heute besonders favorisierten Filtertheorien der Vorgang des Auswählens selbst erklärt, u. z. indem man einen hierarchisch geordneten Satz von Kriterien annimmt, die der potentielle Partner zu erfüllen habe. Die ökonomische und die sozialpsychologische Theorie widersprechen sich nicht; sie ergänzen sich.

Im letzten Vortrag von PD Dr. F. Bolle („Bemerkungen zu interdependenten Nutzenfunktionen und Beckers ‚Theory of Marriage‘“) wurde ein spezieller aber wichtiger Punkt der Beckerschen „Theory of Marriage“ nicht zuletzt wegen der starken Wirkung dieser Arbeit einer kritischen Prüfung unterzogen. Becker beschreibt Altruismus (oder auch Neid) in der Familie mit Hilfe interdependenten Nutzenfunktionen. Die damit verbundenen Komplikationen für den Heiratsmarkt und für die Einkommensverteilung innerhalb der Familie wurden untersucht. Zentraler Gegenstand der Diskussion und der Kritik im Referat war jedoch die Frage, inwieweit die Familie uneingeschränkt als Risikogemeinschaft ein „Versorgungsbedürfnis“ befriedige.

Die nächste Tagung ist dem gleichen Thema gewidmet. Es sollen insbesondere auch empirische Befunde und die deutsche Familie der Gegenwart diskutiert werden.

Prof. Dr. H. Todt, Hamburg

Arbeitsgruppe Wettbewerb

Die diesjährige Tagung der Arbeitsgruppe fand am 28. und 29. März 1984 zu dem Thema: „Wechselwirkungen von Werbung und Wettbewerb auf drei ausgewählten Märkten (Automobil-, Pharma- und Zigarettenmarkt)“ unter Leitung von Prof. Dr. B. Röper (RWTH Aachen) in Freiburg statt. Organisator und Gastgeber waren Prof. Dr. E. Hoppmann (Inst. f. Allg. Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik der Universität Freiburg) und seine Mitarbeiter.

Es wurden folgende Referate gehalten und diskutiert:

Dr. *Dankwart Rost*, Generalbevollmächtigter der Siemens AG, Leiter des Hauptbereichs Werbung und Design, München: „Werbung im Wettbewerb“.

Den allein aufgrund rationaler Fakten-Informationen entscheidenden Menschen gibt es nicht. Daher kann der Wert der Werbung für den Wettbewerb nicht nur an ihrem jeweiligen Gehalt an objektiven, rationalen Informationen gemessen werden. Eine realistische Beurteilung der Werbung und ihrer Wirkungen im Wettbewerb muß vielmehr zweierlei beachten:

1. Jede Werbebotschaft befindet sich in ständigem Wettbewerb mit anderen Informationen. Aus dem Gesamt der Informationsflut wählt der Mensch — seiner begrenzten Informationsverarbeitungskapazität wegen — nur einen Bruchteil subjektiv gefilterter Informationen aus.
2. Werbung beeinflusst lediglich die Entscheidungen der Nachfrager, insofern es die Einstellung- und Wertestruktur des jeweiligen Rezipienten zuläßt. Doch besteht die Möglichkeit, daß Werbung zum Wertewandel selbst beiträgt.

Prof. Dr. *Wolfgang Hilke*, Betriebswirtschaftliches Seminar der Universität Freiburg: „Werbung und Wettbewerb aus betriebswirtschaftlicher Sicht.“

Zunächst warnt Hilke vor einer zu einseitigen Behandlung des Problems. Werbung kommt neben Preispolitik, Produktgestaltung und Absatzpolitik nur als Teil eines abgestimmten „Marketing-Mix“ zum Einsatz. Außerdem werde der größere Teil der Werbung (Werbung am Produkt, mit dem Produkt, Verkaufsförderungsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit) vernachlässigt. Der betriebswirtschaftliche Kenntnisstand sei folgender:

1. Voraussetzungen für erfolgreiche Werbung lassen sich recht genau beschreiben.
2. Wegen der „selektiven Wahrnehmung“ muß die Werbebotschaft zunächst die Aufmerksamkeit des Nachfragers erringen; dabei sind „Schlüsselinformationen“ von besonderer Bedeutung.
3. Werbung kann nur in seltenen Fällen als ein-stufiger Kommunikationsprozeß aufgefaßt werden, meist sind sogenannte „Meinungsführer“ zwischengeschaltet.
4. Die „Januskopf-These“ der Werbung ist verhaltenswissenschaftlich verfehlt, denn die Kombination von suggestiven und informativen Elementen der Werbung ist notwendige Voraussetzung einer Informationsaufnahme und -verarbeitung beim Umworbenen.

In der Diskussion beider Referate ging es um kontroverse Auffassungen zur „Januskopf-These“, es wurde das Konzept sogenannter „basic needs“ in Frage gestellt, und es wurden die durch Werbung entstehenden Marktzutrittsbarrieren behandelt. In diesem Zusammenhang wurde die These der Verschwendung knapper Mittel durch Werbung aufgeworfen. Schließlich erfolgte der Hinweis auf eine Fülle gesetzlicher Regelungen zur Werbung.

Dr. *Werner P. Schmidt*, Vorstandsmitglied der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg: „Wechselwirkung von Werbung und Wettbewerb auf dem Automobilmarkt“.

Als „Praktiker“ legt der Referent dar, wie die Volkswagenwerk AG Werbung und Werbeverhalten sich verändernden Wettbewerbssituationen — illustriert an den Marken VW und Audi im Inlandsmarkt — anpaßt. Verglichen mit anderen Bereichen erweist sich die Automobilbranche als relativ wenig werbeintensiv. Sie hat andere Kanäle für den Informationsfluß (Testberichte, Fachzeitschriften) zum Kunden und baut sehr auf den „spill-over“ Effekt bei der Modellwerbung. Der Grund dafür, daß Werbung (mittels eines antizyklischen Marketingaufwandes) betrieben wird, liegt nicht in einem nicht nachweisbaren Umsatzplus. Vielmehr schafft Werbung eindeutig verbesserte Erinnerungswerte und dient nahezu ausschließlich als Instrument für kurzfristige Absatzbeeinflussung.

Besonderheiten der Wettbewerbssituation sowie Werbestrategien bildeten Brennpunkte der folgenden engagiert geführten Diskussion.

Dr. J. Christoph Bally, Vorstandsmitglied der Hoffmann-La-Roche AG, Grenzach-Wyhlen: „Werbung und Wettbewerb aus der Sicht eines Unternehmens der pharmazeutischen Industrie“.

Der Referent grenzt Gesundheit von Krankheit ab und erläutert die herausragende Bedeutung des Medikaments für die therapeutische Wirklichkeit. Kennzeichnend für den gesamten Pharmamarkt ist ein primär unsichtbarer, den sichtbaren „hard-ware“-Markt überwölbender „soft-ware“-Markt. Beim Pharmawettbewerb ist die Preisdimension — neben der dominanten Forschungsdimension — derzeit besonders aktuell. Im pharmazeutischen Marketing hat das Angebotsinstrument Pharmareferent hohen Stellenwert. Aufgabe der Werbung (bezogen auf rezeptpflichtige Arzneimittel) ist es, als Mittel im Informations- und Instruktionwettbewerb Wissen an die beworbenen Ärzte zu vermitteln. Suggestive Elemente erscheinen zu diesem Zweck ungeeignet. Die aktuelle Wettbewerbssituation im deutschen Pharmamarkt zeigt einen intensiven Verdrängungswettbewerb. Die Kostenträger (in erster Linie gesetzliche Krankenkassen) drängen auf strikte Einhaltung des Ökonomieprinzips in der RVO, ferner propagieren politische Gruppen per Gesetzentwurf staatliche Preisfestsetzung.

Diskussionsbeherrschend war die Frage des nachstoßenden Wettbewerbs nach Ablauf des Patentschutzes. Die einzelnen Ansichten divergierten zum Teil erheblich.

Bernhard Roos, Leiter der Abteilung Marktforschung der Philip Morris GmbH München: „Die Bedeutung der Werbung für den Wettbewerb auf dem Zigarettenmarkt“.

Der Referent belegte die Erfahrung, daß auch erfolgreiche Marken auf dem Zigarettenmarkt einen Produktlebenszyklus durchlaufen, der ihre Hersteller zur Einführung neuer Marken zwingt, um die sinkenden Marktanteile jener Marken auszugleichen, die in die Phase ihres Niederganges eingetreten sind. Werbung versucht, die einzelnen Marken gegenüber dem konkurrierenden Angebot durch das Schaffen eines spezifischen Images („Markenpersönlichkeit“) zu profilieren. Da echte Innovationen auf dem Zigarettenmarkt selten und die Möglichkeit zum Preiswettbewerb begrenzt sind, ist Werbung hier ein sehr wesentlicher Wettbewerbsparameter.

Ob dieser Wettbewerb als funktionsfähig anzusehen ist, war die Frage, die im Mittelpunkt einer sehr kontroversen Diskussion stand.

Dr. *Hans-Heinrich Barnikel*, Direktor beim Bundeskartellamt, Berlin:
„Werbesbeschränkungen aus der Sicht des Bundeskartellamtes“.

Eingangs wurde auf eine ambivalente Einstellung des Bundeskartellamtes zur Werbung hingewiesen. Zwar sei formal jede gemeinsame Beschränkung der Werbung ein Verstoß gegen das Kartellverbot, doch habe Werbung weniger Gewicht bei der Prüfung der Wettbewerbsintensität auf einem Markt. Die Vorbehalte gegen die Werbung seien im herrschenden Rechtssystem begründet. Die wichtigsten Schranken für die Werbung bilden das UWG. Spezielle gesetzliche Werbesbeschränkungen und Werbeverbote enthält das Standesrecht. Kartellrechtlich legalisierte Werbesbeschränkungen finden sich in allen Wettbewerbsregeln gemäß § 28 GWB, insgesamt 80. Ihre große Wirkung entfalten Wettbewerbsregeln durch ihren Einfluß auf die Rechtsprechung. Im weiteren handelt der Referent den Kodex des Bundesverbandes der Pharmaindustrie, Werbeabkommen der Tabakindustrie, sowie die geltenden Werberegeln für Ausnahmehereiche des Kartellgesetzes (Banken und Versicherungen) ab.

Die anschließende rege Diskussion beschäftigte sich unter anderem eingehend mit der Frage der Zulässigkeit der Güterabwägung in § 1 GWB.

Die nächste Tagung der Arbeitsgruppe soll im Frühjahr 1985 in Hamburg stattfinden.

Dipl.-Volksw. Stefan Schmitt, Freiburg

Theoretischer Ausschuß

Die Herbsttagung des Theoretischen Ausschusses fand im Anschluß an die Jahrestagung des Vereins vom 19. bis 21. 9. 1984 in Lübeck statt.

Kurzbericht über Referate und Diskussion:

Prof. Dr. *Peter Rühmann*: Internationale Kapitalmobilität und Wirksamkeit der Geldpolitik bei flexiblen Wechselkursen.

Im keynesianischen Grundmodell nimmt mittelfristig mit steigender internationaler Kapitalmobilität die Wirksamkeit der Geldpolitik bezüglich des Zinses zwar ab, bezüglich des Volkseinkommens aber zu. Davon ausgehend wird hier die Bedeutung der Kapitalmobilität, getrennt nach Zinsarbitrage und Spekulation, für die kurze Periode untersucht. Demzufolge kann die Geldpolitik in Verbindung mit hoher internationaler Kapitalmobilität und statischen Wechselkurerwartungen den Devisenmarkt destabilisieren, so daß die mittelfristige Wirksamkeit der Geldpolitik vielleicht gar nicht genützt werden kann.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, wie weit das Ergebnis von der Annahme statischer Wechselkurerwartungen bei vollkommener Voraussicht bestimmt wird.

Prof. Dr. *Wolfgang Eichhorn*: Grundzüge einer Theorie des Messens in der Wirtschaft.

Der Versuch, eine Theorie ökonomischer Maße auf wenige Grundregeln zurückzuführen, ist noch nicht abgeschlossen. Darum werden statt der „Grundzüge“ drei Beispiele gegeben, die immerhin zeigen sollen, wie eine

allgemeine Theorie des Messens auszusehen hätte. Unter ökonomischen Maßen sind dabei „Abbildungen von ökonomisch interessanten Objekten, die bestimmte ökonomisch wichtige Bedingungen (z. B. Monotonität, Homogenität, usw.) erfüllen“, zu verstehen. Ökonomische Maße sollen oft komplexe Zusammenhänge verständlich machen. Dazu erweisen sich unter Umständen ganze Systeme von ökonomischen Maßen („Kennzahlen“) als notwendig. Man kann nun versuchen, die Gesamtheit ökonomischer Maße durch wenige Axiome bzw. Axiomsysteme zu erfassen. Die drei Beispiele beziehen sich auf 1. die Messung von Preisen durch einen Preisindex (Axiome: Monotonität, lineare Homogenität, Identität, Dimensionalität); 2. die Messung von Ungleichheit bzw. Konzentration (Axiome über Symmetrie, Monotonie, Normierung, Erweiterung); 3. die Messung von Steuern (Axiome über die Steuerfunktion).

Die Diskussion ging hauptsächlich auf folgende Punkte ein: Preisindizes als Problem der politischen Ökonomie; folgen Indizes mit obigen Axiomen einem ökonomisch sinnvollen Meßzweck?; Beziehungen zwischen ökonomisch und mathematisch sinnvollen Indizes; häufige Unklarheit von Verteilungsmaßen; praktischer Nutzen der Axiomatik (?); realistische Bewertung der politischen Bedeutung von Preisindizes; Unklarheit der Verteilungsannahmen bei Indexmessung; Chancen einer allgemeinen Theorie des Messens angesichts der Vielfalt von Meßzwecken.

Martin Hellwig (gemeinsam mit *Douglas Gale*): Incentive-Compatible Debt Contracts: The One-Period Problem.

Das Referat behandelt suboptimales Investitionsniveau als Folge von Kapitalmarktunvollkommenheiten durch asymmetrische Information zwischen Schuldner und Gläubiger. Im Gegensatz zum Unternehmer kann die kreditgewährende Bank die Ertragslage („state of nature“) der Unternehmung nur unter Aufwendung zusätzlicher Informationskosten beurteilen. Dieser Umstand bewirkt leicht Kreditrationierung und damit suboptimale Investition. Dabei sind die Informationskosten unter Umständen extrem hoch, denn der Gläubiger entdeckt den wahren Wert der Unternehmung z. B. dann, wenn er jene Kreditkonditionen findet, welche die Unternehmung gerade in den Bankrott treiben. Die Lösung des Problems kann nur in solchen „anreizverträglichen“ Kreditverträgen bestehen, welche den Unternehmer nicht veranlassen, den Gläubiger über die wahre Lage der Unternehmung zu täuschen. Normalerweise ist diesbezüglich an gewinnunabhängige Kreditkonditionen („fixed repayments“) zu denken. Verschiedene Varianten des Ein-Perioden-Modells mit und ohne Kreditrationierung werden untersucht.

Die Diskussion geht auf die folgenden Probleme näher ein: zeitliche Ausdehnung des Modells über mehr als eine Periode; modellmäßige Abbildung der Anreizverträglichkeit; Vorteilhaftigkeit von Kredit gegenüber Beteiligung; zu geringe Bedeutung der Institutionen nach den Modellprämissen; Problematik der makroökonomischen Interpretation eines mikroökonomischen Partialmodells.

Prof. Dr. *Bernd Schips*: Empirische Untersuchung von Ungleichgewichtssituationen.

Das ökonometrische Modell beschreibt Ungleichgewichtslagen auf dem Geldmarkt. In der Empirie herrscht im Normalfall eine bestimmte *Mischung*

von Ungleichgewichtsregimen (eher als der *Wechsel* zwischen ihnen). Ein „ökonomisches“ Ungleichgewichtsmodell geht davon aus, daß die Marktsituation immer durch die kleinere Marktseite bestimmt wird.. Untersucht werden zunächst die Bestimmungsgründe von Geldangebot und Geldnachfrage, die betreffenden Elastizitäten bezüglich Zins und Inflationsrate, dann die Anpassungsgeschwindigkeit bzw. -dauer der jeweils größeren Marktseite.

In der Diskussion behandelte Überlegungen: Vergleich von Zinssätzen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik; Gründe für die langsame Anpassung der Geldnachfrage; Gründe der unterschiedlichen Ergebnisse für Quartals- und Monatsdaten; Probleme der Signifikanz von Variablen; die Art der Erwartungsbildung; warum werden Ungleichgewichte gerade auf dem Geldmarkt untersucht, der ja traditionell als einziger immer im Gleichgewicht sein soll (?); Möglichkeitene der Disaggregation; Spezifikation der Gleichungen; die Frage der geldpolitischen Unabhängigkeit der Schweiz.

Kamingespräch mit Herrn Dr. Müller, Generalbevollmächtigtem der Träger-Werke und Vorstandsmitglied von Gesamtmetall, über Probleme der (aktuellen) Tarifpolitik:

Das Gespräch begann mit einer einleitenden kurzen Darstellung der Probleme der noch laufenden Tarifrunde, die anscheinend allseits unbeabsichtigte Verfahrenheit der Verhandlungssituation, die faktische Unvermeidbarkeit des Streites aufgrund (zu) früher Fixierung ohne Aussicht auf Einigung. Das (institutionalisierte) Verfahren der „besonderen Schlichtung“ wurde am aktuellen Beispiel näher beschrieben, die Verdienste des Schlichters hervorgehoben.

Die wichtigsten Gesichtspunkte aus der Diskussion: Erfüllt nicht das Verhandlungsergebnis bezüglich der Arbeitszeitverkürzung die meisten Arbeitgeberwünsche (?); Rituale und Strategien der Tarifverhandlungen; Kosten des Lohnausgleichs und andere Folgekosten der Arbeitszeitverkürzung; Öffentlichkeitsarbeit: bezüglich des Arbeitsplatzarguments war die Gewerkschaft erfolgreicher als die Arbeitgeberseite; mangelnde Darstellung der Kostenproblematik durch *beide* Tarifpartner; gegenseitige Fehleinschätzung beider Tarifpartner hinsichtlich Entschlossenheit und Konzessionsspielraum der jeweiligen Gegenseite.

Prof. Dr. Urs Schweizer: Theory of City System Structure.

Für die Schweiz, aber auch für viele andere Länder kann man feststellen, daß die Urbanisierung nur bis knapp über die Mitte dieses Jahrhunderts anhielt. Bei schon seit den 50er Jahren schrumpfenden Kernstädten wuchsen die Städte und die Agglomerationen bis 1970. Seither nimmt die Bevölkerung in fast allen Städten ab, in der Hälfte der Agglomerationen ebenfalls, aber langsamer als in den Städten. Ziel der Untersuchung ist eine endogene Erklärung der Zahl der Städte und ihrer Einwohnerzahl bei gegebener Gesamtbevölkerung. Der Ansatz läßt sich grob so kennzeichnen, daß die Städte mit S-förmigen Ertragsfunktionen (Agglomerationsvorteile und -nachteile) öffentlich Güter produzieren, während die Konsumenten ihren nutzenmaximierenden Wohnsitz wählen. Optimal ist jenes Stadtsystem, welches das Volkseinkommen maximiert. Dieser Ansatz wird in einigen Varianten entwickelt.

Ein anderer Ansatz, der die beobachtete Suburbanisierung dadurch zu erklären versucht, daß die Bewohner der Vorstädte ein Optimierungsproblem

lösen zwischen der freien Nutzung der öffentlichen Güter der Zentralstädte und den Transportkosten von der Vorstadt zur Zentralstadt, wird nur kurz erläutert, durch ein „discussion paper“ belegt, aber nicht weiter ausgeführt.

Die Diskussion berührt folgende Fragen: Gründung neuer Städte bei positiver Rente; optimale Lösungen bei Grenzkosten $>$ Durchschnittskosten; wissenschaftstheoretische Unterschiede zwischen „modellmäßiger Begründung“ und „gesetzmäßiger Erklärung“; alternative Verwendbarkeit für andere als die ursprünglichen Erkenntniszwecke; Weiterentwicklungsmöglichkeiten in Richtung einer rank size-rule; Einfluß von Änderungen im sozialen Verhaltensmuster auf die Aussagefähigkeit des Modells; theoretische Analyse von Idealfällen gegenüber der Anwendung theoretischer Erkenntnisse; Möglichkeit von Aussagen über die Größenverteilung von Städten.

Prof. Dr. *Martin Beckmann*: Some Welfare Implications of Special Pricing Systems.

Ausgehend von der Beobachtung, daß auf den Gütermärkten zwei Arten der Preisbildung nebeneinander bestehen, nämlich Preise „frei Haus“ und Preise „ab Werk“, wird untersucht, welche Wohlfahrtswirkungen von dieser unterschiedlichen Behandlung der Transportkosten ausgehen. Der Referent kann unter Zuhilfenahme der Cauchy-Schwarzschen Ungleichung zeigen, daß unter bestimmten vereinfachenden Annahmen sowohl im Monopol wie im Falle vollkommener Konkurrenz die Transportkosten bei Preisbildung „ab Werk“ immer kleiner sind als bei Preisbildung „frei Haus“.

Die Diskussion befaßt sich hauptsächlich mit den ökonomischen Gründen und Interpretationen dieses Ergebnisses, insbesondere: Fragen des zu hohen Konsums entfernter Haushalte; gleichzeitige Beachtung von Transport- und Produktionskosten; Zahl der Anbieter bei „mill-pricing“; Verhaltensweisen der Anbieter; Produktionseffizienz; Paretooptimalität; ungleicher Aktionsradius bei Monopol und Konkurrenz.

Prof. Dr. Lutz Beinsen, Graz

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Die dreizehnte Tagung des Ausschusses fand am 24./25. Mai 1984 in den Räumen der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, unter dem Vorsitz von Professor Dr. *Rudolf Richter* statt. Es wurden folgende Themen behandelt:

— Dr. *Yoshio Suzuki*, Director, Institute for Monetary and Economic Studies, The Bank of Japan (Tokio), untersuchte in seinem Referat „Monetary Policy in Japan: Transmission Mechanism and Effectiveness“ inwieweit Veränderungen im Bankensystem Japans während der vergangenen zwanzig Jahre Änderungen des Transmissionsmechanismus der Geldpolitik insbesondere auch in Abhängigkeit vom Ausmaß des wirtschaftlichen Wachstums mit sich brachten. Zugleich wurde der Versuch unternommen, die möglichen geldpolitischen Konsequenzen der für die Zukunft erwarteten Zinssatzliberalisierung sowie der Aufhebung von Regulierungen des Bankgeschäfts im funktionellen Bereich abzuschätzen.

— Professor Dr. *Wolfram Engels* (Frankfurt am Main) stellte unter dem Thema „The Competitive Creation of Money Denominated in a State-defined

Currency-Unit“ sein System einer Realasset-Währung vor. Ein solches Währungssystem ist dadurch gekennzeichnet, daß die Währungseinheit in Kapitalgütereinheiten festgelegt ist und daß explizit keine Zinsen auf Geldanlagen gezahlt werden. Insbesondere wurden die Auswirkungen einer derartigen Beschränkung der Vermögensanlageformen auf die reale Risikoverteilung aufgezeigt. Korreferent war Professor Dr. *Otmar Issing*.

Der Beitrag von

— Professor Dr. *Roland Vaubel* (Mannheim) „Competing Currencies: The Case for Free Entry“ hatte drei Fragenkomplexe zum Inhalt: Welche wohlfahrtstheoretischen Überlegungen sprechen für die Aufhebung der Restriktionen des Währungswettbewerbs zwischen Zentralbanken? Ist diese Argumentation übertragbar auf den Wettbewerb zwischen privaten Banken? Inwieweit ist — freier Währungswettbewerb zwischen den privaten Banken vorausgesetzt — überhaupt ein Währungsmonopol des Staates gerechtfertigt? Korreferent war Professor *Martin Hellwig*, Ph.D.

Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses wurde Professor Dr. *Armin Gutowski* gewählt.

PD. Dr. Elke Schäfer-Jäckel, Frankfurt a. M.

Ausschuß für Bildungsökonomie

Für das Jahr 1984 fanden Tagung und Mitgliederversammlung des Ausschusses vom 3. - 5. 10. in Bonn in den Diensträumen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung statt.

Die Tagung stand unter dem Generalthema „Bildungsfinanzierung“. Im einzelnen wurden folgende Referate gehalten und eingehend diskutiert:

- a) „Probleme der Bildungsfinanzierung — zum Stande der Diskussion“ von Prof. Dr. *Bodenhöfer*, Klagenfurt, wobei der Referent nach einem Überblick über allokatons- und distributionspolitische Argumente zur Bildungsfinanzierung insbesondere auf das Problem der asymmetrischen Information über die Qualität der von Bildungseinrichtungen angebotenen Dienstleistungen und die Konsequenzen einging, die sich daraus ergeben;
- b) „Hochschulfinanzierung und Wettbewerb der Hochschulen“ von Priv.-Doz. Dr. *van Lith*, Köln, wobei der Referent von Wettbewerb als einem Entdeckungsverfahren ausging und die Konsequenzen aufzeigte, die sich aus diesem Verständnis für die Gestaltung der Verfügungsrechte im Hochschulbereich und die Finanzierung von Forschung und Lehre ergeben;
- c) „Finanzierung und Wettbewerb der privaten und öffentlichen Hochschulen: einige Erfahrungen aus den USA“ von Prof. Dr. *Pfaff*, Augsburg, wobei der Referent zu dem Schluß kam, daß diese Erfahrungen die Erwartungen, die mit der Gründung privater Hochschulen in der Bundesrepublik verbunden werden, teilweise stützen, ihnen teilweise aber auch entschieden widersprechen; insbesondere müsse man bei einem Vergleich die lange Tradition der amerikanischen Privatuniversitäten, den auch bei ihnen relativ hohen öffentlichen Finanzierungsanteil und die Art der personellen und budgetären Kontrollpraktiken der amerikanischen Staaten in Rechnung stellen;

- d) „Analysen zur Forschungseffizienz — Grundlagen für die Forschungsfinanzierung an Universitäten?“ Von Prof. Dr. *Sadowski* und Dipl.-Vw. *Backes*, Trier, wobei die Referenten ein Verfahren zur Messung der Forschungseffizienz mit Hilfe von Forschungsproduktionsfunktionen entwickelten, auf ein Beispiel anwendeten und Überlegungen zur Berücksichtigung derartiger Effizienzmaße bei der Forschungsfinanzierung anstellten;
- e) „Die Finanzierung der betrieblichen Berufsausbildung als Gegenstand der Berufsbildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland mit Ausblick auf die Entwicklung in anderen westlichen Industrienationen“ von Dr. *H. Schmidt*, Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, Berlin, wobei der Referent insbesondere die Diskussion um die Finanzierung der Berufsbildung seit 1969 nachzeichnete und der tatsächlichen Finanzierung der Berufsbildung gegenüberstellte;
- f) „Gebührenfinanzierung der Hochschulausbildung: alloкатive und distributive Aspekte“ von Prof. Dr. *Timmermann*, Bielefeld, wobei der Referent das Versagen des bestehenden Systems der Hochschulausbildung und Hochschulfinanzierung analysierte, die alloкатiven und distributiven Wirkungen einer Gebührenfinanzierung diskutierte und auf dieser Grundlage einen Vorschlag für die Ausgestaltung eines Gebührensystems entwickelte;
- g) „Kosten-Nutzen-Analyse von schulorganisatorischen Alternativen, dargestellt am Beispiel von zwei Planungsmodellen für Frankfurt am Main“ von Dipl.-Päd. *H. Weishaupt*, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt, wobei der Referent für das gewählte Beispiel zu dem Schluß kam, die Anpassung vorhandener Schulkapazitäten an verringerte Schülerzahlen erfolge kostengünstiger über eine möglichst hohe Auslastung der wohnungsnahen Schulen (bei Schließung wohnungsferner, zentral gelegener Schulen) als über eine der demografischen Entwicklung entsprechende Reduktion der Kapazität aller Schulen.

Die Mitgliederversammlung wählte Prof. Dr. *Bodenhöfer*, Klagenfurt, zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses und Prof. Dr. *Helberger*, Berlin, zu dessen Stellvertreter, kooptierte Priv.-Doz. Dr. *van Lith*, Köln, und legte als nächsten Sitzungstermin den 18. - 20. 9. 1985 in Trier fest; diese Sitzung soll sich mit dem Zusammenhang von Bildungssystem und Arbeitsmarkt beschäftigen.

Prof. Dr. W. Rippe, Bamberg

Dogmenhistorischer Ausschuß

Die diesjährige Tagung des Ausschusses in Salzburg am 22./23. März 1984 stand unter dem Generalthema „Die Rezeption der englischen Klassik in Deutschland“.

Es referierten

1. Prof. Dr. *Binswanger*, St. Gallen: „J. G. Schlossers Theorie der imaginären Bedürfnisse — ein Beitrag zur deutschen Nationalökonomie jenseits von Physiokratie und Klassik“,
2. Prof. Dr. *Winkel*, Hohenheim: „Adam Smith und die deutsche Nationalökonomie 1776 - 1820 — zur Rezeption der englischen Klassik“,

3. Prof. Dr. *Wysocki*, Salzburg: „Währung und Kreditwesen in einigen Staaten des Deutschen Bundes“,
4. Prof. Dr. D. *Schneider*, Bochum: „Unternehmer und Unternehmung in der heutigen Wirtschaftstheorie und der deutschsprachigen Nationalökonomie der Spätklassik“,
5. Prof. Dr. *Pütz*, Salzburg: „Prolegomena zu einer Geschichte der theoretischen Wirtschaftspolitik“.

Die Referate führten zu lebhaften Diskussionen, die zu neuen Fragestellungen anregten. Die Mitgliederversammlung beschloß, auf der nächstjährigen Tagung im März 1985 die Arbeit an der Rezeption der englischen Klassik in Deutschland fortzusetzen. Es liegen dazu feste Vortragsangebote aus dem Kreis der Mitglieder vor. Dazu soll versucht werden, Professor Hutchison für ein Referat über Wirkungen der deutschen Nationalökonomie in England zu gewinnen. Die Tagung soll am 21./22. März 1985 in Münster stattfinden.

Die Versammlung wählte Professor Scherf, Hamburg, für weitere zwei Jahre zu ihrem Vorsitzenden.

Prof. Dr. Dr. Harald Scherf